



öffentlich

Betreff:

Baufeldfreimachung am ehemaligen Stadtschloßstandort

Erstellungsdatum 21.10.2002

Eingang 02: 22.10.2002

Einreicher: Fraktion Die Andere

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.11.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle baulichen und planerischen Aktivitäten zur Vorbereitung des Stadtschlossaufbaus solange zu unterlassen, bis die künftige Nutzung des Grundstückes einschließlich der Finanzierung gesichert ist.

gez. A. Kruschat
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Stadt Potsdam betreibt seit Jahren den Aufbau einer Kopie des Stadtschlusses, obwohl bislang völlig ungeklärt ist, wie ein solches Gebäude genutzt werden soll, wie es aussehen wird und wie der Aufbau finanziert werden soll. Inzwischen hat auch der Ministerpräsident Matthias Platzeck seine Mitverantwortung für die Landesfinanzen erkannt und das Vorhaben, im Stadtschloss einen Landtag unterzubringen, als auf absehbare Zeit nicht finanzierbar eingeschätzt. Innenminister Schönbohm hat ihn in dieser Auffassung ausdrücklich unterstützt. Beide sind zuvor nicht unbedingt als Gegner des Landtagsschlusses aufgefallen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Stadt einerseits aus finanziellen Gründen Schulen und Kultureinrichtungen schließt, aber andererseits Ressourcen in Projekte stecken will, deren Verwirklichung völlig unklar ist.